

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 159 (1993)
Heft: 11

Artikel: Die belgischen Streitkräfte im Umbruch
Autor: Manigart, Philippe
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die belgischen Streitkräfte im Umbruch

(Bearbeitung und Übersetzung aus dem Französischen von Odilo Gwerder)

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 434 11947

Einleitung

Am 3. Juli 1992 entschied die belgische Regierung, ihre Streitkräfte tiefgreifend zu restrukturieren. Der Plan *Delcroix*, genannt nach dem Verteidigungsminister, aus dessen Feder er stammt, zwingt die belgische Armee, ihre Bestände massiv zu reduzieren, die Wehrpflicht abzuschaffen, ab Januar 1994 das Personal zu professionalisieren und die Verteidigungsausgaben bis Ende 1997 auf 98 Milliarden FB zu begrenzen (nominales Nullwachstum).

Dieser Plan folgte auf einen 1990 ausgearbeiteten Restrukturierungsplan, den der Generalstabschef, Generalleutnant *Charlier* im Auftrag des früheren Verteidigungsministers, *Guy Coëme*, erstellt hatte. Der Plan *Charlier* sah vor, die belgischen Streitkräfte sukzessive aus Deutschland abzuziehen (Operation REFORBEL), die Bestände zu reduzieren, die Dauer des Militärdienstes zu verkürzen und das Verteidigungsbudget zu senken.

Diese Reformpläne der belgischen Streitkräfte sind weitgehend eine direkte Folge der Umwälzungen im Osten, aber in sehr hohem Masse auch das Resultat des riesigen Budgetdefizits im belgischen Finanzhaushalt.

Ziel dieses Artikels ist es, die Gründe dieser tiefgreifenden Reform der belgischen Militärorganisation aufzuzeigen, die Reform und ihre verschiedenen Aspekte zu beschreiben. Bevor wir uns jedoch diesen Themen zuwenden, scheint es angebracht, mit einer kurzen Vorstellung des belgischen Wehrsystems zu beginnen.

Das belgische Wehrsystem heute

Wie die meisten Armeen Kontinentaleuropas, die zur NATO gehören, bauten und bauen die belgischen Streitkräfte bis 1994 auf einem gemischten System auf, das einerseits aus freiwilligem Personal und Berufssoldaten und andererseits aus Wehr-



Prof. Dr. Philippe Manigart,
Professor für Militärsoziologie
an der Ecole Royale Militaire
in Brüssel
und an der New Port University.

dienstpflichtigen (in belgischer Terminologie «Milizsoldaten») zusammengesetzt ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt zählt die belgische Armee zwei Drittel Freiwillige und einen Drittel Milizleute. 1993 wurde ein Kontingent von 77000 AdA festgelegt, davon sind 48500 Freiwillige, 27200 Milizsoldaten und 2000 «Rappelés».

Wie wir später noch sehen werden, hat die Tatsache, dass von den jungen Leuten im dienstpflichtigen Alter nur gerade ein Viertel tatsächlich Dienst leisteten (einer von zweien, wenn wir nur die Männer in Betracht ziehen) zu dieser radikalen Reform der belgischen Streitkräfte und insbesondere zur Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht beigetragen.

Für die Wehrpflichtigen, die ihren Dienst in Belgien leisten, beträgt die Wehrdienstzeit heute 8 Monate, für jene, die in Deutschland Dienst tun, 6 Monate. 1992, vor der Ankündigung des Planes *Delcroix*, betrug die Dienstzeit noch 10 bzw. 8 Monate.

Die belgischen Streitkräfte bestehen aus drei Teilstreitkräften (dem Heer, der Luftwaffe und der Marine) sowie dem Sanitätsdienst. Im Jahre

1992 teilten sich diese Teilstreitkräfte wie folgt auf:

beim Heer	67%
bei der Luftwaffe	22%
bei der Marine	5%
beim Sanitätsdienst	6%

Die Aufträge dieser Teilstreitkräfte leiten sich ab aus der Beteiligung Belgiens in der NATO, im besonderen aus Aufgaben bei der Verteidigung des Abschnitts Mitteleuropa. Das 1. Korps der belgischen Armee gehört zur NATO-Heeresgruppe Nord.

Restrukturierungsplan der belgischen Streitkräfte

Aufgrund des am 3. Juli 1992 vom Ministerrat gefällten Entscheids wurde der Generalstab beauftragt, für die belgischen Streitkräfte einen Restrukturierungsplan auszuarbeiten. Ziel des Planes war es, die belgischen Streitkräfte ab 1995 den neuen Strukturen der NATO, so wie sie heute definiert sind, anzupassen. Der Plan sollte Ende 1997 verwirklicht sein.

Der Plan *Delcroix* gliedert sich um drei Grundprinzipien:¹

1. Das Verteidigungsbudget muss bis Ende 1997 unterhalb der nominalen Limite von 98 Milliarden FB bleiben.

2. Die allgemeine Wehrpflicht wird für die ab 1994 Auszuhebenden aufgehoben.

3. Belgien erfüllt weiterhin seine internationalen Verpflichtungen.

Viele Beobachter und Betroffene sind skeptisch, ob sich diese drei Ziele gleichzeitig erreichen lassen. Der absolute Zwang, die Grenze von 98 Milliarden FB (rund 24,5 Mrd. sFr.)² nicht zu überschreiten, ist jedenfalls unvereinbar mit dem 1991 unterzeichneten Abkommen mit der NATO, das Kommando über eines der neuen multinationalen Korps (Main Defense Forces)³ zu übernehmen. Dies deshalb, weil Belgien die Stufe Armeekorps aufgibt.

Struktur der belgischen Streitkräfte 97⁴

Gemäss den Grundlagen vom 3. Juli 1992 des Verteidigungsministers hat der Generalstab folgende Strukturen vorgeschlagen: ab 1997 werden die belgischen Streitkräfte zusammengesetzt sein aus drei Teilstreitkräften (dem Heer, der Luftwaffe und der Marine) und aus einem die Teilstreitkräfte übergreifenden Organ (dem Commandement territorial interforces). Der Sanitätsdienst, der seit 1975 innerhalb der Streitkräfte autonom eingesetzt wurde, wird als unabhängiger Dienst abgeschafft. Ein armeespezifisches Sanitätssystem wird jedoch weiterhin aufrechterhalten. Das Personal dieses Dienstes wird aufgeteilt auf die verschiedenen Teilstreitkräfte und auf die Abteilung «interforces».

Das Heer wird in vier Brigaden gegliedert:

■ die Fallschirmkommando-Brigade mit leichtem Material,

■ drei mechanisierte Infanterie-Brigaden (wovon eine teilweise in Deutschland stationiert), ausgerüstet mit Panzerfahrzeugen (ein Panzerbataillon Leopard pro Brigade).

Bezüglich Material werden eine gewisse Anzahl Waffensysteme aus dem Verkehr gezogen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um 202 der 334 Kampfpanzer Leopard (spätestens bis zum 30. Juni 1993), um Aufklärungspanzer Scorpion, um die Flab-Kanone Gepard, die 203-mm-Artillerie und, eventuell, um die Boden-Luft-Flugkörper Hawk.

Die Luftwaffe wird künftig zwei Geschwader zu 36 F-16⁵ Flugzeugen, ein Transport- und Verbindungsgeschwader (bestehend aus einer Flugzeugstaffel C-130 und einer Staffel Verbindungsflugzeuge) sowie eine Staffel Such- und Rettungshelikopter (RAR) Seaking umfassen. Dies bedeutet, dass 45 F-16 und alle Mirages IV aus dem Dienst gezogen werden.

Die Marine wird die Hälfte ihrer Flotte beibehalten, d.h. 2 von 4 Fregatten, 7 von 14 Minensuch- und 4 von 8 Minenräumbooten sowie 2 von 4 Kommando- und Versorgungsschiffen.

Das Kommando Territorialzone (Commandement territorial Interforces) wird aus Einheiten und Diensten bestehen, die zugunsten der drei Teilstreitkräfte, des Staates oder der Alliierten (Host Nation Support) eingesetzt werden. Das Kommando Territorialzone wird Personal aus allen drei Teilstreitkräften umfassen. Zu den Aufträgen dieses neuen Dienstes, der mehr oder weniger den heutigen

«Commandement des Forces de l'Intérieur» (FI) ersetzt, gehörten insbesondere die Planung und die Koordinierung von Sicherheitsaufträgen, die Entminung sowie der Einsatz von Genie-, Sanitäts- und Übermittlungsmiteln.

Es ist jedoch möglich, dass die hier beschriebenen Strukturen auf Empfehlung der NATO noch leicht geändert werden. So ersucht die NATO Belgien, wie ursprünglich vorgesehen, drei statt nur zwei F-16 Geschwader beizubehalten und eine dritte Fregatte in aktiver Reserve zu halten. Belgien hat sich verpflichtet, diesen Empfehlungen nach Möglichkeiten zu folgen.

Die Dienstpflicht abzuschaffen war für eine Regierung, die selber sehr unpopulär ist, deshalb politisch sehr verlockend.

Dies hat jedoch innerhalb der ursprünglichen Budgetlimiten zu geschehen. Anders ausgedrückt, eine Überschreitung der Limite von jährlich 4,2 Milliarden sFr. bis 1997 steht nicht zur Diskussion. Somit wird auch klar, dass der Wille zur Ausgabenbeschränkung im militärischen Bereich das Hauptziel des Plans Delcroix ist. Einfacher ausgedrückt, es geht darum, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, indem der Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamthaushalt reell gesenkt wird.

Budget

Entwicklung des Verteidigungsbudgets 1993 – 1997

Nach der Budgetkontrolle vom Juli 1992 hat die Regierung beschlossen, das nationale Verteidigungsbudget für die künftigen Jahre «einzufrieren», d.h. das Budget ist gekennzeichnet durch ein nominales Nullwachstum, was bei der heutigen Inflation einer realen Abnahme der Verteidigungsausgaben gleichkommt.

Für 1993 beträgt das Verteidigungsbudget 97 549 600 000 FB (rund 24,4 Mrd. sFr.)⁶. In diesen 98 Milliarden ist ein Posten von 1 Milliarde BF für humanitäre Einsätze reserviert. Wird dieser Kredit nicht gebraucht, kann das Verteidigungsdepartement den Rest des verfügbaren Kredites be-

halten. Sollten die Kosten jedoch höher sein, so müsste ein Zusatzkredit beantragt werden.

Gemäss einer Studie der Budgetplanung (Planungsstelle dem Wirtschaftsministerium unterstellt) vom Oktober 1992 sollte der Delcroix-Plan bis 1996 dem Gesamthaushalt Einsparungen von 465 Millionen sFr. bringen⁷. Die Budgetplanung sieht indessen vor, dass diese Operation keine Auswirkungen auf den Staatshaushalt als Ganzes hat: was nämlich auf der Budgetebene gespart wird, soll im sozialen Bereich wieder ausgegeben werden. Gemäss dieser Studie der Budgetplanung wird sich die Arbeitslosenzahl durch die Abschaffung der Wehrpflichtigen und die Abgänge überflüssig werdender Angestellter um 27 500 Personen erhöhen. Die Verminderung der Freiwilligenbestände und der Berufsleute wird die Sozialbeiträge um 117 Mio sFr. schmälern und die Ausgaben für Arbeitslosenentschädigung um 287 Mio sFr. mehr belasten.

Unberücksichtigt sind dabei die noch nicht berechneten Auswirkungen der Abschaffung des Sanitätsdienstes. Man darf nicht vergessen, dass die jungen Milizsoldaten während ihres Militärdienstes medizinische Versorgung gratis von der Armee beziehen konnten. Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht bedeutet, dass diese jungen Leute inskünftig der Kranken- und Invalidenkasse zur Last fallen werden.

Personal

Als Folge der Professionalisierung wird der Anteil an den Personalkosten spürbar steigen. 1993 betrug er noch 57% des Verteidigungsbudgets, in den kommenden Jahren wird sich dieser Anteil auf 61% erhöhen. Damit ist klar, dass die Regierung und die militärischen Behörden dem Personal höchste Priorität einräumen, dies insbesondere im Sozialplan der Restrukturierung. (Abgänge des Personals, Rekrutierung von Kurzzeit-Freiwilligen, Anpassung der Entlohnung).

Investitionen

Da bei real sinkendem Verteidigungsbudget das Personal prioritär behandelt wird, ergibt sich logischerweise eine drastische Senkung der Ausgaben für Rüstungsgüter. Die Zeit

der «Jahrhundertverträge» (Kauf des Kampfflugzeuges F-16, des Helikopters Agusta usw.) ist vorbei. Bis zum Jahre 1997 bleiben die Investitionsmöglichkeiten sehr bescheiden. Die Mehrzahl der grossen Rüstungsprogramme wurden entweder rückgängig gemacht, aufgeschoben oder gestreckt.

Es versteht sich von selbst, dass es infolge des Budgetzwangs sehr schwierig oder gar unmöglich sein wird, die Streitkräfte gemäss dem Willen des Verteidigungsministers und verschiedener Parteien «mittels weniger, dafür aber mit modernstem Material ausgerüsteten Einheiten zu reorganisieren»⁸.

Bestandesprobleme

Bestände

Der Plan *Delcroix* sieht eine Reduktion der Bestände der belgischen Armee um 50% vor. Dies bedeutet, dass die restrukturierten belgischen Streitkräfte noch maximal 40000 militärische und 5000 zivile Stellen⁹ zählen werden. Dazu kommt ein Kontingent von 2500 Offiziers- und Unteroffizierschülern. Die 40000 militärischen Stellen werden aufgeteilt in 12,5% Offiziere, 37,5% Unteroffiziere und 50% Freiwillige. Die Entwicklung in Richtung einer diamantförmigen Struktur mit relativ vielen mittleren Kadern geht somit weiter und beschleunigt sich noch. Dieser Übergang vom hierarchischen Pyramidengefüge zu einer Sechseck-Struktur ist eines der Anzeichen des Untergangs des Massenheeres. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offensichtlich im Verschwinden der Wehrpflichtigen, die (militärisch gesehen) als Handlanger gelten. Im heutigen gemischten System liegt der Anteil von Korporalen und Soldaten bei 64%, jener der Unteroffiziere bei 28%¹⁰.

Die Stellen werden wie folgt auf die drei Teilstreitkräfte verteilt:

- Heer: 27 500 Stellen, was gemessen an den heutigen Beständen einer Reduktion von 49% gleichkommt,
- Luftwaffe: 10 000 Stellen, d.h. eine Reduktion von 42%,
- Marine: 2500 Stellen, d.h. eine Reduktion von 41%.

Prozentual erreichen die Teilstreitkräfte folgende Anteile am Streitkräftetotal: Heer 68,8%, Luftwaffe 25% und Marine 6,2%.

Zusätzlich zu diesen aktiven Truppen ist eine Reserve von maximal 30000 Mann vorgesehen. Sie soll im Ernstfall die stehenden Einheiten verstärken. In einer ersten Zeit (bis zum Jahr 2000) wird diese Reserve zusammengesetzt sein aus den heutigen Reservisten (Milizsoldaten) und aus Kurzzeit-Soldaten, die bei Ablauf ihres Vertrags noch einige Jahre bei der Reserve Dienst leisten. Längerfristig (bis Ende 1993) wird der Verteidigungsminister der Regierung ein neues Reservestatut vorschlagen müssen. In diesem Zusammenhang wird im Verteidigungsministerium und im Innenministerium auch die Schaffung eines

Da die Bedrohung aus dem Osten verschwunden ist und da in Belgien das Ansehen der Streitkräfte seit jeher tief war, bildete das Verteidigungsbudget eine ganz natürliche Zielscheibe für Sparübungen.

Gemeinschaftsdienstes studiert. Dieser Gemeinschaftsdienst soll freiwillig sein, jedoch werden gewisse finanzielle und soziale Anreize in Aussicht gestellt (Entschädigung, Vorrang bei der Anstellung usw.). Zu Beginn soll dieser Dienst nur einige Tausend junge Leute umfassen. Diese würden bei den Streitkräften in einem Sektor von allgemeinem Interesse wie Zivilschutz, Gesundheitswesen, Alters- und Invalidenbetreuung, Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe aber evtl. auch für militärische Aufgaben usw. eingesetzt.

Eine im Januar dieses Jahres durchgeführte Umfrage bei einer repräsentativen Auswahl in der belgischen Bevölkerung hat bei den 15jährigen und älteren¹¹ gezeigt, dass die Idee eines Gemeinschaftsdienstes gut aufgenommen wird. 78% der Befragten zeigten sich ganz oder ziemlich einverstanden mit der Schaffung eines Gemeinschaftsdienstes. Die jungen Leute im Alter von 15 bis 34 Jahren – jene Jahrgänge, die auch direkt von diesem Dienst betroffen wären – zeigten jedoch eine etwas geringere Zustimmung als die älteren Personen: 36% waren ganz, 39% ziemlich einverstanden. Fragt man nun jene, die der Idee eines Gemeinschaftsdienstes nicht ganz ablehnend gegenüberstehen, in welchem Gebiet sie eventuell ihren Dienst leisten würden, so kommt die Armee an letzter Stelle von neun Möglichkeiten: 37% der Befragten

wären unter Umständen bereit, dieses Einsatzgebiet zu wählen. Die am häufigsten genannten Möglichkeiten waren die humanitären Organisationen mit 78% positiven Antworten.

Die neue Personalpolitik

In der Studie des Generalstabs kann man lesen¹²:

«Die Streitkräfte werden gleichzeitig mit vier so radikal neuen Gegebenheiten konfrontiert, dass sich eine Umgestaltung der gesamten Personalpolitik aufdrängt. Die deutliche Verminderung der Bestände im Zuge der Abschaffung der Militärdienstpflicht muss in einem geopolitisch total neuen Rahmen geschehen. Andererseits muss der Anteil an zivilem Personal erhöht werden. Der heutige und künftige Rahmen, in dem die Soldaten eingesetzt werden, unterscheidet sich grundsätzlich von jenem des kalten Kriegs. Zum «Kriegsfall» und «Friedensfall», wie man sie bis anhin berücksichtigen musste, kommen heute weitere Aufträge und neue Einsatzformen, die dazu noch in einem multinationalen Rahmen stattfinden: bewaffnete oder unbewaffnete Einsätze, Beobachtungs- oder Schutzaufgaben, Kontrollaufträge.»

Die Abschaffung der Militärdienstpflicht

Die spektakulärste und zweifelsohne die populärste Massnahme des *Delcroix*-Plans bleibt jedoch die Ankündigung, dass der Militärdienst ab Januar 1994 abgeschafft wird. Diese Abschaffung des Militärdienstes in so kurzer Zeit bringt grosse Anpassungsprobleme mit sich. Vier werden in der Studie des Generalstabes genannt¹³:

■ Das Drittel des Streitkräftebestandes, das bis anhin mit der allgemeinen Wehrpflicht abgedeckt wurde, muss künftig auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutiert werden. Das heisst, dass die Streitkräfte auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig auftreten und Karrieremöglichkeiten und/oder eine attraktive Ausbildung anbieten müssen, wenn sie nicht Unterbestände oder schlecht motiviertes Personal in Kauf nehmen wollen.

■ Der automatische Verjüngungsmechanismus des Personals der Streitkräfte geht grösstenteils verloren.

■ Die «Reservekomponente», die für die Streitkräfte unerlässlich ist, wird in Frage gestellt.

■ Die Streitkräfte verlieren gemäss dem Generalstab mit dem jungen Wehrpflichtigen-turn-over ein unbestreitbares, wenn auch indirektes demokratisches Kontrollelement.

Es ist wahrscheinlich, dass sich das Fehlen von Dienstpflichtigen vor allem in technischen Diensten und in den Stäben bemerkbar machen wird, da hier vielfach Leute Dienst leisteten, die im Zivilleben hochqualifizierten Tätigkeiten nachgehen (z.B. Informatiker, Akademiker usw.)¹⁴. In diesen hoch spezialisierten Armee-Bereichen wird es wohl sehr schwierig werden, Dienstpflichtige durch qualifizierte Freiwillige zu ersetzen.

Konkret sieht der *Delcroix-Plan* vor, die Militärdienstpflicht im Januar 1994 nach einer kurzen Übergangsperiode abzuschaffen. Weiter wird die Dauer des Militärdienstes für die 1993 Ausgehobenen auf 6 Monate in Deutschland und auf 8 Monate in Belgien verkürzt. Da 1994 keine Soldaten mehr ausgehoben werden, wird die Zahl der Wehrpflichtigen im Dienste der Streitkräfte sukzessive auf Null fallen.

Schliesslich fällt mit der Abschaffung der Militärdienstpflicht auch der Status des Dienstverweigerers. Für die 1993 Ausgehobenen wurde die Zivildienstdauer der Verweigerer je nach Einsatzart auf 10 oder 12 Monate gesenkt.

Eine Freiwilligenarmee («All-Volunteer Force»)

Der erfolgreiche Übergang zu einer Freiwilligenarmee bedingt eine tiefgreifende Revision der Rechtsstellung des Personals. In der Studie des Generalstabes werden eine Reihe von Massnahmen aufgelistet, um den Einsatz in den Streitkräften attraktiver zu gestalten.

Dabei werden drei Massnahmenpakete unterschieden; nämlich solche, welche

- die Personalrechtsstellung dem neuen geopolitischen Umfeld und den neuen Aufträgen anpassen;
- die Stellung und die finanziellen Entschädigungen der verschiedenen Personalkategorien verbessern;
- die Möglichkeit gewährleisten, das militärische Personal dauernd zu verjüngen, damit die Alterspyramide mit

den Ansprüchen einer militärischen Organisation kompatibel bleibt.

Anpassung an das neue geopolitische Umfeld

Als Folge der immer zahlreicheren humanitären Einsätze der Art von Somalia und Ex-Jugoslawien hat der Generalstab drei Arten von Situationen definiert, mit denen der Soldat konfrontiert werden kann. Je nach Situation würden auch die finanziellen Entschädigungen anders ausfallen.

■ **Friedenszeit:** dazu gehörten die Ausbildung, der reguläre Dienst und der intensive Dienst während Übungen und Manöver;

■ **Einsätze:** dazu gehörten die humanitären Einsätze, die Beobachtungseinsätze (zu Gunsten der UNO, der EG usw.), die friedenserhaltenden und die friedens erzwingenden Einsätze;

■ **Kriegszeit.**

Vorgeschlagene Massnahmen zur Förderung der Rekrutierung

Im Bewusstsein, dass die Bedingungen attraktiver und dem heutigen

*Es versteht sich von selbst,
dass es infolge des Budget-
zwanges sehr schwierig oder
gar unmöglich sein wird, die
Streitkräfte gemäss dem
Willen des Verteidigungs-
ministers und verschiedener
Parteien «mittels weniger,
dafür aber mit modernstem
Material ausgerüsteten Ein-
heiten zu reorganisieren».*

sozialen Milieu sowie der neuen Umwelt, in der die Streitkräfte vermehrt arbeiten, angepasst werden müssen, wurde beschlossen, den Status des Berufsmilitärs entlang folgender Leitlinien zu ändern:

- Einführung neuer Grade mit dem Ziel, ausgeglichene und attraktivere Karriereöglichkeiten zu bieten,
- Einführung einer neuen Personalbeurteilungsmethode,
- Einführung beschleunigter Beförderungsmöglichkeiten, die zu Leistungen anspornen und Fähigkeiten honorieren.

Weiter wurde vorgeschlagen, die finanzielle Entschädigung, insbesonde-

re der unteren Ränge, zu verbessern. Ohne eine Verbesserung des Lohns der Freiwilligen bleiben die Streitkräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig und werden auch nicht genügend Kandidaten finden. Der Beruf des Soldaten bleibt anspruchsvoll sowohl im Bereich der Ausbildung als auch im Bereich der Familie. Zusätzlich wird der Beruf wegen den immer häufigeren Einsätzen im Ausland auch gefährlicher (Somalia, Ex-Jugoslawien, Zaïre, usw.).

Massnahmen zur ständigen Verjüngung des Personals

Die Regierung hat entschieden, ein neues Statut für Kurzzeit-Soldaten auszuarbeiten. Dieses soll sicherstellen, dass die Streitkräfte über genügend junges Personal verfügen und dass die Reserven zum nötigen Personal kommen. Diese Massnahme ist zweifelsohne der wichtigste Punkt der jetzigen Restrukturierung. Seinetwegen haben nämlich bis jetzt alle früheren Versuche einer Professionalisierung der belgischen Streitkräfte Schiffbruch erlitten¹⁵.

Alle Untersuchungen zu diesem Thema zeigen, dass der von den Belgiern am meisten angestrebte Arbeitswert (zivil oder militärisch) die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist¹⁶. Entsprechende Erwartungen steigen, je tiefer man in der Berufshierarchie absteigt. D.h. je weniger qualifiziert jemand ist, desto mehr Wert legt er auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Die jetzigen «Kurzzeit-Statute» waren aber diesbezüglich eher zwiespältig. So verpflichteten sich zum Beispiel bis vor kurzer Zeit Freiwillige für eine Zeit von 2 bis 10 Jahren. Nach 6 Jahren hatten sie eine begrenzte Möglichkeit, ins Berufskader einzutreten. Eine Mehrheit der Zeitsoldaten wünschte jeweils diese Möglichkeit zu ergreifen. Sie blieben also so lange als möglich, mit dem Resultat, dass eine grosse Zahl von ihnen die Streitkräfte erst nach 10 Jahren verliess. Dabei entstanden besondere Wiedereingliederungsprobleme im Arbeitsmarkt. Kommt dazu, dass diese Freiwilligen sehr oft keine Berufsausbildung hatten.

Um diese sozialen Probleme zu vermeiden sieht das neue Statut, das sich in Ausarbeitung befindet, eine kürzere Einsatzzeit vor. Angesichts früherer Erfahrungen bleibt aber abzuwarten, ob ein «Kurzzeit-Statut» dem Militär wirklich jene Leute bringt, die es braucht. Da eine Marktstudie zu diesem Thema fehlt, ist jeglicher Versuch

einer Antwort voreilig. Aber gerade von dieser Antwort hängt der Erfolg oder Misserfolg des Restrukturierungsplans der belgischen Streitkräfte ab. Eine ungenügende Rekrutierung junger Kurzzeit-Freiwilliger müsste schliesslich in eine Überalterung der Streitkräfte münden.

Das «Kurzzeit-Statut» des Generalstabes basiert auf folgenden Grundsätzen:

- das Statut ist auf alle Personalkategorien anwendbar (Offiziere, Unteroffiziere und Freiwillige);
- die Rekrutierungsbedingungen sind weniger hart als jene für Berufsmilitärs;
- die Einsatzdauer ist an eine Alterslimite gebunden;
- die Besoldung entspricht jener der Berufsmilitärs;
- am Ende des Einsatzes erhält der Wehrmann unter anderem eine Abgangsschädigung, die abhängig ist von der Dauer der Anstellung. Ferner werden seine Sozialleistungen garantiert; er profitiert von einer Vorzugsbehandlung bei der Bewerbung um eine Stelle im öffentlichen Dienst.

Es bleibt anzumerken, dass es sich hier um Vorschläge des Generalstabes handelt, die noch vom Verteidigungsminister und von der Gesamtregierung gebilligt werden müssen. Die Vorzugsbehandlung für Stellen der öffentlichen Verwaltung zum Beispiel sind bei der Regierung und bei den Gewerkschaften der öffentlichen Dienste sehr umstritten.

Übergangsmassnahmen zur Verringerung des Personals

Zusätzlich zum Verschwinden der Milizsoldaten bringt die Abmagerungskur der belgischen Streitkräfte bis 1997 einen Überschuss an 700 Offizieren und 6000 Unteroffizieren. Dieses Personal wird nach einem von der Regierung gegebenen Versprechen nicht entlassen.

Eine mögliche Lösung hätte darin bestanden, auf die Rekrutierung neuer Leute zu verzichten. Diese Möglichkeit wurde jedoch verworfen, weil sie sich auf die Altersstruktur langfristig ungünstig ausgewirkt hätte. Eine militärische Organisation, insbesondere das Heer, braucht nun einmal junge Leute, die physisch gut in Form sind. Die Rekrutierung wird also nicht gestoppt, sondern für die Jahre 1994 bis 1997 bloss eingeschränkt.

Die Regierung hat beschlossen, die freiwilligen Abgänge zu fördern, um auf diese Weise das Kader zu erneuern.

Ein erster Massnahmenkatalog sieht vor, Personal in das Verteidigungsministerium zu versetzen. Einer Anzahl Militärs könnte man eine zivile Karriere innerhalb der Verwaltung anbieten. Ebenfalls werden im übrigen öffentlichen Sektor Möglichkeiten gesucht, um Personal zu versetzen.

Diese internen Massnahmen können aber nicht das ganze Problem lösen. Deshalb versucht der Minister, mit den Regionen und Gemeinden Übereinkommen zu schliessen mit dem Ziel, überzähliges Personal für administrative und andere Aufgaben der öffentlichen Dienste und der Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Nach Bekanntwerden der Absicht des Verteidigungsministers, die Wehrpflicht abzuschaffen, haben sich alle Parteien rasch der Vorlage angeschlossen.

Diese Absicht stösst jedoch bei den betroffenen Verwaltungen auf starken Widerstand (besonders von seiten der Gewerkschaften).

Gründe für die Restrukturierung der belgischen Streitkräfte

Vergleichend müssen wir zwei Arten von Ursachen unterscheiden, die zur jetzigen Restrukturierung der belgischen Armee geführt haben: die einen könnte man als **strukturell** bezeichnen, jene nämlich, welche diesen tiefgreifenden sozialen Wandel möglich und nötig gemacht haben, die anderen als **interne** Gründe politischer und finanzieller Art, die den Zeitplan und die Art der Reform bestimmt haben.

Strukturelle Gründe

Das progressive Verschwinden der Militärdienstpflicht in unsern westlichen Gesellschaften und ihre Ersetzung durch ein System von Freiwilligen ist eine Folge des Niedergangs der Massenheere¹⁷.

Dieser Niedergang geht einerseits zurück auf den technischen Fortschritt¹⁸, andererseits auf die sozio-kulturelle Entwicklung und auf Umwälzungen im geopolitischen Bereich.

Interne Gründe

Das Defizit des öffentlichen Haushalts in Belgien

Unabhängig von den Auswirkungen des sozio-kulturellen Wandels war eine Reduktion der Verteidigungsausgaben aus finanzpolitischen Gründen unausweichlich. Der Vertrag von Maastricht, insbesondere dessen wirtschaftlicher Teil mit seinen Auflagen für den Eintritt in die Europäische Währungsunion, hat Belgien zur Übernahme von drakonischen Finanzvorgaben (Konvergenzplan) gezwungen. Die belgische Regierung sieht sich insbesondere genötigt, das Defizit der öffentlichen Finanzen zu reduzieren. Da die Bedrohung aus dem Osten verschwunden ist und da in Belgien das Ansehen der Streitkräfte seit jeher tief war, bildete das Verteidigungsbudget eine ganz natürliche Zielscheibe für Sparübungen. Der Plan *Delcroix*, der für das Verteidigungsbudget bis 1997 real ein negatives Wachstum vorsieht, liegt damit ganz auf der Linie dieser Sparbemühungen.

Die Unbeliebtheit des Militärdienstes

Im Zuge der sozio-kulturellen Entwicklung wurde der Militärdienst, früher als Recht und Pflicht betrachtet, zu einem Zwang, dem jeder ausweichen sucht. Der Militärdienst ist in Belgien, mehr noch als in den anderen Ländern, sehr unbeliebt geworden. Die Dienstpflicht abzuschaffen war für eine Regierung, die selber sehr unpopulär ist, deshalb politisch sehr verlockend.

Die Haltung der Hauptbeteiligten

Die belgische Verteidigungspolitik hat selten das Interesse aller grösseren Parteien Belgiens auf sich gezogen. Eine Ausnahme bildete Ende der siebziger Jahre die Debatte über die Euromissiles.

Im Zuge der Umwälzungen im Osten haben sich die Militärkommissionen der verschiedenen Parteien Belgiens für eine eventuelle Reform der Streitkräfte zu interessieren begonnen. Im Zentrum ihrer Überlegungen stand die Frage der Wehrpflicht: sollte man sie abschaffen oder sollte man sie in irgendeiner Form aufrechterhalten? Bis zur Ankündigung von Verteidigungsminister *Delcroix*, die Wehrpflicht abzuschaffen, waren sich die verschiedenen Parteien

uneins in dieser Frage: einige waren schon seit langer Zeit für die Abschaffung, andere wünschten die Aufrechterhaltung.

Nach Bekanntwerden der Absicht des Verteidigungsministers, die Wehrpflicht abzuschaffen, haben sich alle Parteien rasch der Vorlage angeschlossen. Diese Schnelligkeit ist verständlich, wenn man die Unbeliebtheit des Militärdienstes in Belgien kennt. Selten noch hat in Belgien bei einer so wichtigen Reform eine derartige Einmütigkeit geherrscht, und selten noch war die Zeitspanne zwischen der Lancierung einer Idee (Juni 1992) und dem Moment, wo der Ministerrat diese gutgeheissen hat (3. Juli 1992), so kurz gewesen.

Die einzigen Vorbehalte und Kritiken zu diesem Plan gab es von seiten der NATO und des Generalstabes. Am 26. November 1992 schrieb *Manfred Wörner*, Generalsekretär der NATO, dem belgischen Premierminister *Jean-Luc Dehaene* und warnte in dem Brief die Regierung vor den Folgen des Plans *Delcroix*, «der den Zusammenhalt der Allianz und die gleichmässige Verteilung der Rollen und der Verantwortung bedrohen könnte». Im Dezember 1992 warnte der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa (SACEUR), «dass Belgien mit seiner neuen Militärstruktur nicht mehr in der Lage sei, seinen 1992 festgelegten Verpflichtungen nachzukommen (...) Die Kampftauglichkeit der belgischen Armee werde mit der Aufhebung der Dienstpflicht 1994 signifikant verändert»¹⁹.

Nach Konsultationen mit der NATO hat sich die belgische Regierung am 29. Januar 1993 verpflichtet, gewissen Empfehlungen im Rahmen des Möglichen nachzukommen, dies jedoch nur innerhalb des Rahmenkredites von 98 Milliarden FB.

Konkret verlangte die Allianz von Belgien Zusicherungen bezüglich:

- verfügbarer Reserven (eine Studie über die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes dürfte den Wünschen der NATO entsprechen);
- Aufrechterhaltung von 3 statt bloss 2 Staffeln F-16, wie ursprünglich vorgesehen (dieser Massnahme wurde stattgegeben);
- Aufrechterhaltung von drei statt zwei Fregatten (die Regierung hat beschlossen, eine dritte Fregatte in Reserve zu halten);
- Gewährleistung von Luftverteidigungskapazität (teilweise Beibehaltung des Hawk-Systems statt, wie vorgesehen, ersatzlose Streichung);
- Realisierung von Investitionsprogrammen (werden derzeit studiert).

Der Generalstabschef, Generalleutnant *Charlier* hat seinen Widerstand gegen den Plan *Delcroix* nie verheimlicht. Das führte mehrmals zum offenen Konflikt mit seinem vorgesetzten Minister, was eher ungewöhnlich ist für ein Land wie Belgien, wo das Militär im allgemeinen die Entscheidungen der politischen Ebene getreu und ohne öffentlich sichtbare Emotionen ausführt.

Vom Konflikt erfuhr die Öffentlichkeit erstmals am 4. Juli 1992, als das flämische Fernsehen einen den Plan *Delacroix* kritisierenden Brief veröffentlichte, den Generalleutnant *Charlier* an den König, an den Premierminister, an den Verteidigungsminister und an die Vizepremierminister geschickt hatte. Der Generalstabschef schrieb in diesem Brief, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, gleichzeitig den Militärdienst abzuschaffen, das Verteidigungsbudget während fünf Jahren einzufrieren und bei all dem den Verpflichtungen der NATO nachzukommen.

Schlussfolgerungen

Das Ende des kalten Krieges, der technische Fortschritt und die soziokulturelle Entwicklung haben das Ende des Zeitalters der Massenheere eingeleitet. In den meisten Ländern, in denen die allgemeine Wehrpflicht

Die belgische Verteidigungspolitik hat selten das Interesse aller grösseren Parteien Belgiens auf sich gezogen.

noch weiter besteht, d.h. fast überall in Kontinentaleuropa, ist die Diskussion über deren Abschaffung im Gange. Unter diesen Staaten ist Belgien jenes Land, welches sich als erstes entschlossen hat, sehr schnell den Schritt zur Schaffung einer Berufsarmee zu tun.

Am 3. Juli letzten Jahres entschied die belgische Regierung auf Antrag des Verteidigungsministers *Léo Delcroix* und gegen die Empfehlung des Generalstabes, die tiefstgreifende Reform der belgischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff zu nehmen.

Dieser Plan sieht vor, die Militärdienstpflicht ab Januar 1994 abzuschaffen, die Militärausgaben einzufrieren, die Bestände der belgischen Streitkräfte zu halbieren und zu professionalisieren.

Angesichts der sehr kurzen Übergangsperiode und der Budgetzwänge ist ein Erfolg des Restrukturierungsplans bei weitem nicht gesichert.

Ohne Marktstudie über die Rekrutierung von Kurzzeit-Freiwilligen kann unmöglich prognostiziert werden, ob es den belgischen Streitkräften gelingen wird, eine genügend grosse Zahl von Rekruten anzuziehen und zu behalten.

Man spricht jetzt schon davon, die Bestände weiter zu senken und damit das Stellenangebot der tatsächlichen Nachfrage anzupassen.

In diesem Kontext ist die Idee der Schaffung eines Gemeinschaftsdienstes auf freiwilliger Basis sehr verlockend. Ein solcher Dienst brächte den Streitkräften den Vorteil, über eine gut qualifizierte Personalreserve verfügen zu können. Damit wäre die Gefahr einer «Armee in der Armee», um mit *Louis Tobback*, dem jetzigen Innenminister und einem Gegner der Schaffung professioneller Streitkräfte zu sprechen, beseitigt.

Aber die Organisation eines solchen Gemeinschaftsdienstes würde der Armee nicht nur Vorteile bringen. Am meisten profitieren würde dabei zweifelsohne die belgische Gesellschaft als Ganzes. Er würde tatsächlich eine Reihe sozialer Bedürfnisse lösen, die bei der heutigen und auch künftigen angespannten Finanzlage wohl kaum durch klassische Arbeitsplätze abgedeckt würden.

Schliesslich wäre die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes auch ein Mittel, um der von den meisten Parteien aufgegriffenen Idee eines neuen Bürgersinns konkrete Gestalt zu geben.

Anmerkungen

¹ Restrukturierung des Forces Armées Belges: Etude de l'Etat-Major Général. Bruxelles: EMG, November 1992, S. 3.

² Ursprünglich handelte es sich um 99 Mrd.

³ Es handelt sich um ein multinationales Korps, bestehend aus 4 belgischen, einer deutschen und einer amerikanischen Brigade.

⁴ Quelle: Cabinet du MDN, Restrukturierung des Forces Armées Belges, op. cit. *André Demoulin*, «La restructuration des forces armées», *Courier Hebdomadaire du CRISP*, n° 1383-1384, 1992.

⁵ Total 72 Flugzeuge und eine operationelle Reserve von 18 F-16.

⁶ Quelle: *Demoulin*, op. cit., p. 41.

⁷ Quelle: *De Morgen*, 16 déc 1992, p. 2.

⁸ Zitat des belgischen Generalstabes, S. 54.

⁹ Die zivile Komponente im Verteidigungsministerium wird sich dadurch von heute 6,06% auf 11,11% erhöhen. Quelle: Restructuration des Forces Armées Belges, op. cit., p. 7.

¹⁰ Vgl. dazu, *P. Manigart*, «The decline of the mass armed forces in Belgium, 1900–1985», S. 37–64 in *Forum International 9*, hg. vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, München.

¹¹ Meinungsbefragung zuhanden des Generalstabes (JSP-V) durch INRA-

(ECO)-Marketing Unit bei 1000 Personen im Januar 1993.

¹² Studie des Generalstabes, op. cit., S. 25.

¹³ op. cit. S. 25.

¹⁴ Beispielsweise gab es im Mittel 400 Informatiker mit Universitätsabschluss unter den jährlich Eingezogenen. Quelle: Interview mit Général *Charlier*, in: *Talent*, 6. Febr. 1993, S. 1.

¹⁵ Belgien hat zweimal versucht, seine operativen Streitkräfte zu professionalisieren: 1960 und 1974. Beide Versuche beruhten auf dem System von Freiwilligen mit kurzen Verpflichtungszeiten. Die Versuche scheiterten z.T. weil die Kurzzeit-Verträge nicht den Interessen von potentiellen Kandidaten entsprechen. Diese er-

warten vor allem Arbeitsplätze, die längerfristige Sicherheiten offerieren.

¹⁶ Vgl. dazu, *P. Manigart, E. Marlier et H. Stiers*, «La satisfaction au travail parmi le personnel des Forces Armées Belges», S. 110–131 in: *Proceedings of the International Conference on Job Satisfaction and Deviant Behavior in Civilian and Military Settings: Experiences from NATO Countries*, Bruxelles: E.R.M./C.E.D., 1990.

¹⁷ Vgl. dazu, *P. Manigart*, *Les Forces Armées Belges en transition: une analyse sociologique*. Bruxelles: Institut de Sociologie de l'ULB, 1985.

¹⁸ Vgl. einleitende Bemerkungen von *K. Haltiner*.

¹⁹ Zitat nach *Demoulin*, op. cit., S. 48.